



Konrad-Adenauer-Haus

CDU

INHALT

## Rot-grünes Wirtschafts- und Finanzchaos

**Die Koalitionsführung mit dem Bundeskanzler an der Spitze treibt das Durcheinander in der Finanzpolitik auf die Spitze.**

Zuerst wird ein Treffen bestätigt, demzufolge die Koalition die drohenden Haushaltslücken von 18 Mrd. Euro in diesem und 15 Mrd. Euro im kommenden Jahr nicht

durch zusätzliche Sparanstrengungen, sondern durch zusätzliche Schulden finanzieren will. Die Zeit der „Zumutungen“ müsse ein Ende haben, es sei die Zeit der Konjunkturprogramme gekommen. SPD-Chef Müntefering: „Es ist klar, dass die Verschuldung höher ausfallen wird als ▶

„Folter ist nicht hinnehmbar“ Interview mit Angela Merkel in der „Zeit“

Seite 8–11

Dokumentation

„Projekt Wachstum: Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung“ von Georg Milbradt

Innenenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Dramatische Haushaltslage – Rot-Grün im „Wachschlaf“ (S. 4) ■ Projekt Wachstum: Wachstumsmöglichkeiten durch die EU-Erweiterung (S. 5) ■ Laurenz Meyer: Quittung für Chaos-Politik (S. 6) ■ Europäische Verfassungsdiskussion (S. 7) ■ „Thüringer Weg“ beschlossen (S. 12) ■ Gesprächskreis Forschung und Innovation ins Leben gerufen (S. 13) ■ K.-J. Laumann: Kommunales Optionsgesetz – ein Etikettenschwindel (S. 14-15) ■ M. Krogmann: Signal für Aufbruch im TKG (S. 16) ■ H. Koschyk: Zuwachsraten bei Gewalttaten unerträglich (S. 16-17) ■ G. Nooke: Urheberrechtsgesetz war ein Eigentor (S. 17) ■ D. Austermann: Finger weg von der Eigenheimzulage (S. 17-18) ■ P. Götz: Rot-Grün verliert letzte Bodenhaftung (S. 18-19) ■ M. Böhrmer: Ja zu mehr Geld für Bildung und Forschung – Nein zur Finanzierung auf Pump (S. 19)

► geplant“ (Bild 4.5.2004). Kurz darauf heißt es vom Bundeskanzler, ganz im Gegenteil, der „Konsolidierungskurs“ gehe weiter und das Ziel, bis 2010 trotzdem 3% des BIP in Bildung und Forschung zu investieren, gelte fort.

Zum gleichen Zeitpunkt beantragt die zuständige Ministerin Bulmahn für 2005 weniger als die Hälfte der zusätzlichen Mittel, die auf dem Weg zu diesem 3%-Ziel notwendig wären – weil sie einen größeren Betrag ohnehin nicht für durchsetzbar hielte, wie aus Koalitionskreisen verlautet.

### Nur Missverständnisse?

Finanzminister Eichel wiederum macht Außenminister Fischer für das Durcheinander verantwortlich: „Es gibt immer Missverständnisse, wenn ein Außenpolitiker sich zu Wirtschafts- oder Finanzfragen äußert“. Fazit: Die Regierung verwirrt sich offensichtlich selbst am meisten.

In der Sache bleibt festzuhalten:

■ Das Manöver ist als Versuch zu werten, der rot-grünen Basis und der Wählerschaft zu signalisieren, es ginge in Zukunft auch ohne Spar- und Reformanstrengungen voran. Man will Aktivität und Reaktionsfähigkeit auf angebliche neue Situationen vortäuschen und von den Einschnitten bei Rente, Gesundheit und Arbeitslosengeld ablenken.

■ Dabei ändert sich an der Substanz der Regierungspolitik wenig: Einen neuen Kurswechsel weg von der Haushaltskonsolidierung kann es schon deswegen nicht geben, weil die Bundesregierung den Verschuldungskurs bereits vor über zwei Jahren eingeschlagen hat. In diesem Jahr wird sie die Maastricht-Grenze zum dritten Mal hintereinander reißen, ein weiterer Nachtragshaushalt droht.

■ Das Ziel, die Investitionen in Bildung und Forschung massiv zu erhöhen, ist richtig und notwendig. Ihm wird die Bundesregie-

## IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



rung aber in den Haushalten 2003 und 2004 in keiner Weise gerecht. Bildungsausgaben auf Pump sind das Gegenteil von nachhaltiger Zukunftssicherung.

■ Wirtschaftsminister Clement wird nach dem Wechsel im SPD-Vorsitz mit der gegen seinen Willen ins Parlament eingebrachten Ausbildungsplatzabgabe und der Rücknahme der im VA vereinbarten kommunalen Trägerschaft beim Arbeitslosengeld II zum dritten Mal vom Bundeskanzler und vom SPD-Vorsitzenden desavouiert.

■ Das ganze Manöver schädigt erneut das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der Politik zu einem verlässlichen, konsistenten Handeln. Damit wird die Bereitschaft zur notwendigen nationalen Kraftanstrengung weiter unterminiert und die ohnehin matte Konjunkturbelebung zusätzlich geschwächt.

### Frühjahrgutachten

Hinter der Ratlosigkeit steht bei der Bundesregierung vermutlich die bittere Erkenntnis aus dem Frühjahrgutachten der Sachverständigen: Nach fünfeneinhalb Jahren Rot-Grün erreicht Deutschland selbst in

Phasen der Konjunkturerholung und unter günstigen äußeren Bedingungen kein Wachstum über 1,5 % mehr. Damit ist klar, dass die schweren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt nicht gelöst werden können. Die Struktur der öffentlichen Haushalte führt selbst in „guten“ Zeiten zu einer Neuverschuldung, die jenseits der Maastricht-Stabilitätsgrenze liegt.

### Finanzpolitischer Offenbarungseid

Im Kern wird deutlich: Diese Bundesregierung hat sich in Wahrheit wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitisch aufgegeben. Mit den schwachen Konjunkturaussichten trotz eines weltwirtschaftlichen Wachstums von 4-5% wird die Standardbehauptung des Bundeskanzlers widerlegt, Deutschland sei Leidtragender externer Faktoren. Im Gegenteil, die Politik der Bundesregierung hat offensichtlich dazu geführt, dass Deutschland vom Wachstumszug anderer Regionen abgekoppelt wurde. Mit dem ungehemmten Verschuldungskurs zerstört Rot-Grün darüber hinaus das eigene Argument, man mache die Reformen insbesondere um

der zukünftigen Generationen willen.

Der neueste Vorschlag von Minister Clement, nun auch noch den Sparerfreibetrag zu streichen, steigert das Durcheinander weiter. Denn dieser Vorschlag beinhaltet nichts anderes als eine Steuererhöhung. Die Clement-Begründung, die Menschen sollten dadurch gedrängt werden, weniger zu sparen, ist widersinnig, wenn ihnen zugleich gesagt wird, sie sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen und für die Lebensrisiken besser vorsorgen. Sie ist geradezu zynisch, wenn die Bundesregierung erkennbar weder die Arbeitslosigkeit noch die Finanzlücken in den Sozialversicherungen in den Griff bekommt und die Menschen sich daher zu Recht Sorgen um ihre finanzielle und soziale Absicherung machen.

In eine ähnliche Richtung zielt der Vorstoß von Bundeskanzler Schröder, die Eigenheimzulage ohne gleichzeitige Steuersenkung zu streichen. Private Altersabsicherung und Investitionen in langlebige Güter werden gegen die Notwendigkeit staatlicher Zukunftsinvestitionen ausgespielt, weil der Regierung die Kraft zu konsistenten Sparmaßnahmen und Strukturreformen fehlt.

Aktuelle Stunde im Bundestag

## Dramatische Haushaltslage – Rot-Grün im „Wachschlaf“

**Angesichts des drohenden Defizits von 18 Milliarden Euro in diesem Jahr hat CDU-Generalsekretär Larenz Meyer eine Haushaltssperre gefordert.**

„Sie fahren Deutschland sehenden Auges vor die Wand und tun so, als sei es die normalste Sache der Welt“, sagte Meyer in einer aktuellen Stunde im Bundestag zu der undurchsichtigen Verschuldungspolitik von Rot-Grün. Bereits bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr habe die Union vor den vielen Luftblasen in Eichels Etat gewarnt. Statt sich den Tatsachen zu stellen, habe sich Rot-Grün jedoch der Realität verweigert. Jetzt platzen die vielen Luftblasen, stellte der Generalsekretär fest.

Meyer machte deutlich, dass die von Rot-Grün erneut vorgeschlagene Abschaffung der Eigenheimzulage gerade nicht geeignet sei, die Konjunktur anzukurbeln. Vielmehr werde diese Maßnahme den Abbau von Arbeitsplätzen im Bausektor weiter beschleunigen. In diesem Zusammenhang plä-



dierte der Generalsekretär für einen grundlegenden Politikwechsel: Solange mehr als 50 Prozent der Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz hätten, würden sie nicht konsumieren. Auch die Unternehmen würden ihre Investitionsentscheidungen zurückstellen und auf bessere Zeiten hoffen, solange es keine Planungssicherheit gebe.

Zuvor hatte Fraktionsvize Friedrich Merz die Erklärungsversuche der Bundesregierung zurückgewiesen, bei den Haushaltsproblemen handele es sich um eine „konjunkturelle Krise“. Stattdessen gebe es hier zu Lande „tiefgreifende struk-

turelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt und beim Wachstum“. Während die Weltwirtschaft 2004 um 4,5 Prozent wachse, erreiche Deutschland nicht einmal die Hälfte dieses Wertes. Zudem verzeichne Deutschland eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in der Europäischen Union und liege damit nur noch vor Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Anstatt einem konsequenten Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung zu folgen, verharre die rot-grüne Bundesregierung in einem fortgesetzten „Wachschlaf, im Dämmerzustand“, monierte Friedrich Merz.



# Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung

**Dem Zeitpunkt angemessen hat die CDU Deutschlands als erstes der acht Wachstumspakete innerhalb des „Projektes Wachstum“ ein Positionspapier zu „Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung“ vorgestellt.**

Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten werde sich die Europäische Union nachhaltig verändern, betonte der Autor des Papiers, der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt. Große Strukturunterschiede im „Europa der 25“ würden zu mehr Wettbewerb und Konkurrenz dazu führen. Arbeitsintensive Prozesse würden sich in Länder mit niedrigeren Lohnkosten verlagern, prognostizierte das CDU-Präsidiumsmitglied. Da diese Entwicklung mit dem Fall der Grenzen am 1. Mai einen neuen Schub erhalte, müsse sich Deutschland jetzt vermehrt auf seine Stärken besinnen. Konkret nannte Milbradt die Konzentration auf Bildung und Forschung, aber auch den Dienstleistungssektor und die Fertigung hochwertiger Produkte.

Die verschärften Wettbewerbsbedingungen könnten für den Standort Deutsch-



Georg Milbradt

land nicht ohne Folgen bleiben, betonte Milbradt. Er plädierte für die Lockerung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen. Einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne in Europa lehnte er jedoch ab. Wenn die Produktivität hoch sei, könnten auch höhere Löhne gezahlt werden. Um die Unternehmen zu entlasten, sei eine Entkopplung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von den Löhnen und Gehältern notwendig.

Milbradt hob hervor, dass es in Deutschlands ureigenem Interesse liege, dass sich in den neuen Mitgliedstaaten eine eigene Wachstumsdynamik entwickelt. Nur so könnten Wanderungsbewegungen in die reicheren Länder und dauerhafte Transferzahlungen aus Brüssel ver-

mieden werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Milbradt für „Hilfe zur Selbsthilfe“ aus. So könnten zum Beispiel unterschiedlich hohe Steuersätze zu Investitionen in Osteuropa führen, während sie hier zu Lande „Anpassungsprozesse positiver Art“ beschleunigten.

Laurenz Meyer machte bei der Vorstellung des Papiers deutlich, dass für die CDU eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung oberste Priorität habe. „Ohne Wachstum kann die schleichende Erosion der Fundamente des Wohlstands in Deutschland nicht gestoppt werden,“ sagte der CDU-Generalsekretär. Aus diesem Grund habe der CDU-Bundesvorstand das Projekt „Wachstum“ ins Leben gerufen, in dessen Rahmen in acht Feldern wesentliche Wachstumsbremsen analysiert und Wege zu ihrer Beseitigung aufgezeigt würden, erläuterte Meyer. Die Ergebnisse würden in einen Leitantrag des Bundesvorstands an den Parteitag im Dezember zusammengefasst. Dieser werde zuvor in der Partei zu Diskussion gestellt, kündigte der Generalsekretär an.

Laurenz Meyer:

## Quittung für Chaos-Politik

**Ohne die Statistik-Tricks der Bundesregierung sind die Arbeitslosenzahlen auch im April weiter gestiegen. Bereinigt um Manipulation an der Zählweise erlebt Deutschland die höchste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.**

Die Zahlen im Frühjahr 2004 sind die Quittung für die Chaos-Politik dieser Bundesregierung. Bürger und Unternehmen verlieren immer mehr Vertrauen. Statt zu investieren halten sie ihr Geld zusammen und warten

auf bessere Zeiten und eine bessere Regierung.

Allein die Vorgänge der vergangenen Woche zeigen wie durch ein Vergrößerglas, was Deutschland zur Zeit beschwert und warum sich die wirtschaftliche Situation nicht bessert: Bei ohnehin überbordenden Staatsschulden wollen Schröder und Fischer die Verschuldung noch weiter erhöhen. Clement betreibt eine absurde Diskussion darüber, den Kleinsparern die Zinserträge wegzusteuern.

Und Müntefering verunsichert die Betriebe weiter mit seiner ideologischen Diskussion über die Ausbildungsplatzabgabe.

Die Bürger erleben derzeit eine dramatische Endzeitstimmung von Rot-Grün. Kompetenzstreitigkeiten und Planlosigkeit, Chaos und Fehler sind das Markenzeichen dieser Regierung in ihrer Endphase. Leider geht alles dies auf Kosten der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer. Die Zahlen aus Nürnberg zeigen das jeden Monat.

### STATISTIK-TRICKS DER BUNDESREGIERUNG

Nach einer aktuellen Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit wird für den Gesamtzeitraum von 2001 bis 2004 ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um bis zu 850.000 Personen auf 38,05 Mio. erwartet. Gleichzeitig ist das Erwerbspersonenzpotential um ca. 200.000 auf 45,32 Mio. gestiegen. Seine demographische bedingte Abnahme wurde durch erhöhte Erwerbsneigung und Zuwanderung überkompensiert. Theoretisch hätte die Arbeitslosenzahl um 1,050 Mio. steigen müssen! Der wahr-

scheinliche registrierte Anstieg liegt allerdings „nur“ bei 450.000 auf 4,32 Mio.

Die Arbeitslosigkeit ist nur deshalb nicht noch deutlicher gestiegen, da viele Menschen in der „stillen Reserve in Maßnahmen“ versteckt werden. Hier wird es bspw. nach „§ 428 SGB III“-(eine Reihe von Älteren wird nicht mehr als arbeitslos gezählt obwohl sie weiterhin Leistungen erhalten)“ mit +200.000 gegenüber 2001 fast eine Verdopplung geben. Insgesamt werden 2004 knapp 0,9 Mio. Menschen in diesen Maßnahmen „geparkt“ sein. Ein

noch größerer Teil (Bestand in 2004: gut 2 Mio. / +450.000 gegenüber 2001) gibt zum Teil frustriert oder wegen geänderter Vorgehensweise der BA die Suche (vorübergehend) auf oder wird zumindest nicht mehr als arbeitslos erfasst. Die geänderte Vorgehensweise der BA mag zwar zum Teil richtig sein, schafft aber keine Arbeitsplätze. Gut 80.000 Personen hat die Bundesagentur zum 1. 1. 2004 aus der Statistik „herausoperiert“. Teilnehmer in Trainingsmaßnahmen werden seitdem nicht mehr als arbeitslos erfasst.



## Verfassungsdiskussion

# Christlich-jüdisches Erbe berücksichtigen

**Das Bekenntnis zum christlich-jüdischen Erbe gehört in die Präambel der europäischen Verfassung.**

Diesen Standpunkt hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, nochmals gegenüber der irischen Ratspräsidentschaft und der Kommission in einer Aussprache über die Europäische Verfassung vertreten.

Gleichzeitig rief der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl am 13. Juni die irische Ratspräsidentschaft auf, allen Versuchen zur Einschränkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments durch die Regierungskonferenz entschiedenen Widerstand zu leisten.

Die Europäischen Verfassung werde mehr Demokratie und Parlamentarismus in Europa bringen. Das Subsidiaritätsprinzip und erstmals auch die kommunale Selbstverwaltung seien in der Verfassung verankert worden. Insbesondere erhalten die nationalen Parlamente ein Klagerrecht bei Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips. Die Verfassung werde die Einheit des vielfältigen Europas sichern, erklärte Pöttering.



Hans-Gert Pöttering

Für die Zukunft stelle sich vor allem die Frage, wie die Beziehungen zu den Nachbarn der Europäischen Union gestaltet werden und welche Länder noch Mitglieder werden können. Insbesondere werde der Dialog mit der arabisch-islamischen Welt im Mittelmeerraum große Bedeutung für die Europäische Union haben und einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten.

Pöttering erinnerte an die großen Errungenschaften der Europäischen Union, die zwischen 1952 und 2004 von 6 auf heute 25 Mitglieder gewachsen sei und gleichzeitig kontinuierlich vertieft, d.h. demokratischer und handlungsfähiger geworden sei. Wichtige Etappen der Entwicklung waren die Einheitliche Europäische

Akte 1986, der Maastrichter Vertrag 1992, der Amsterdamer Vertrag 1995 und der, allerdings weniger erfolgreiche, Vertrag von Nizza. Als prägende politische Persönlichkeiten erinnerte Pöttering insbesondere an Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl und den früheren französischen Staatspräsidenten François Mitterrand.

## IN KÜRZE

### ■ Stimmabgabe bei den Europawahlen nur bis 18 Uhr möglich!

Entgegen der Gewohnheit, dass die Wahllokale erst um 21 Uhr ihre Pforten schließen, ist ab diesem Jahr eine Stimmabgabe nur bis 18 Uhr möglich. Bei den bisherigen Europawahlen hatte der Bundeswahlleiter das Ende der Wahlzeit in Deutschland auf 21 Uhr festgelegt. Dies war auf Grund von Vorgaben des EU-Rechts erforderlich. Eine am 1. April 2004 in Kraft getretene Änderung des Direktwahlakts, erlaubt es, die Wahllokale auch bei Europawahlen – entsprechend der in Deutschland üblichen Wahlzeit – um 18 Uhr zu schließen.

## „Folter ist nicht hinnehmbar“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, im Gespräch mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ über Amerika, Europa und den Irak-Krieg.

**DIE ZEIT:** Frau Merkel, war der Irak-Krieg unter dem Aspekt des Demokratieexportes ein Fehler?

**Angela Merkel:** Zuerst einmal ging es nicht um Demokratieexport, sondern um die Beseitigung einer Bedrohung. Siebzehn UN-Resolutionen haben sich mit dieser Bedrohung befasst und mit der Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, Saddam Hussein auf friedlichem Wege zur Kooperation mit den UN-Inspektoren zu zwingen. Insofern ist der Krieg das bedauerliche Ende einer langen Entwicklung. Dass von Saddam Hussein eine ernste Gefahr ausgeht, daran haben selbst Kriegskritiker nicht gezweifelt. Streit gab es über die Frage, wann die friedlichen Mittel, um dieser Gefahr zu begegnen, erschöpft seien. Was die anderen Ziele des Krieges betrifft, kann ich nur sagen: Es hat offenkundig einen zu großen Optimismus gegeben, dass sich das militärische Eingreifen nahtlos in Demokratie umwandeln würde, dass es also



zwischen Saddam Hussein und der Stabilität im Irak keine weiteren Hindernisse geben würde.

**ZEIT:** *Zurzeit häufen sich die Berichte von Folterungen im Irak, die durch amerikanische Soldaten verübt wurden. Sind solche Exzesse in Kriegen, auch in legitimen Kriegen, überhaupt vermeidbar?*

**Merkel:** So etwas darf auf keinen Fall hingenommen werden. Denn hier steht die Glaubwürdigkeit der demokratischen Werte auf dem Spiel. Die Berichte über Misshandlungen und das Quälen von Gefangenen sind furchtbar. Das muss schonungslos aufgeklärt werden. Hinzu kommt, dass dies die Notwendigkeit, das Vertrauen der Iraker in eine neue politische Ordnung zu stärken, zu nichte machen kann.

**ZEIT:** *Im Nachhinein wissen Sie ja jetzt etwas mehr*

*über die Genese des Krieges. Nach den Recherchen von Bob Woodward war die Entscheidung schon getroffen, bevor man wusste, ob sich Saddam kooperativ zeigen würde. Irritiert Sie das?*

**Merkel:** Ich kann nicht bewerten, ob diese These so richtig ist. Aber klar ist für mich, wann immer im politischen Leben bestimmte Entscheidungen unverrückbar festgelegt werden, egal, was kommen mag, dann ist das selten richtig. Aber als deutsche Politikerin habe ich mich zunächst einmal mit den deutschen Entscheidungen auseinandergesetzt, die hier durch den deutschen Bundeskanzler auf Marktplätzen verkündet wurden. Dass sich Herr Schröder, unabhängig vom Entscheidungsprozess der UN, festgelegt hat, einem Krieg gegen den Irak unter keinen Umständen zuzustimmen, steht jedenfalls außer Zweifel und hat die Einigung in Europa unmöglich gemacht.

**ZEIT:** *Stünden heute nicht deutsche Soldaten im Irak, wenn Sie die Wahl gewonnen hätten?*

**Merkel:** Nein, das war immer klar, und dies wurde im Übrigen auch von den USA nicht gefordert. Ansonsten



ist Deutschland beteiligt gewesen, zum Beispiel mit Überflugrechten, die Rot-Grün gewährt hat. Aber kommen wir noch einmal auf Ihre These zurück: Wenn es stimmt, was Sie sagen, dass der Entschluss zum Krieg schon lange vorher feststand, dann war es sowieso egal, was irgendjemand in Deutschland gemacht hätte. Dann hätte man gar nichts machen können, dann hätte Europa einfach keinen Einfluss gehabt. Ich glaube das nicht. Ich bin der festen Überzeugung, dass Europa nicht alles versucht hat, was es hätte versuchen können. Wenn wir gemeinsam gehandelt hätten, hätten wir es den USA sehr viel schwerer gemacht, an den Vereinten Nationen vorbeizukommen. Man hätte auf die Amerikaner durch ein einheitliches europäisches Handeln politisch anders Einfluss nehmen können. Die Dinge hätten sich dann anders entwickelt. Ich habe immer, auch im letzten Jahr, gesagt, eine Supermacht darf nie glauben, sie könne auf der Welt alles allein schaffen. Aber Europa mangelte es – da zitiere ich den Bundesaußenminister aus einem Interview im März – an der „strategischen Dialogfähigkeit mit dem Partner Amerika“. Mir wäre wohler gewe-

sen, wenn Deutschland für diese Dialogfähigkeit mehr getan hätte.

**ZEIT:** *Frau Merkel, für den Fall, dass Sie einmal Kanzlerin werden: Müssen wir damit rechnen, dass Sie aufgrund von Geheimdienstinformationen der verschiedensten Art bereit sein könnten, Deutschland in einen Präventivkrieg zu führen?*

**Merkel:** Wenn die Union regiert, können Sie damit rechnen, dass alles für eine einmütige europäische Haltung getan wird. Und im Übrigen hat auch Herr Schröder – bei all seinen Vorbehalten gegen den Irak-Krieg – kurz darauf das so genannte Solana-Papier verabschiedet, das als Ultima Ratio auch präventive militärische Maßnahmen vorsieht. Ich stelle also fest: „Preemptive strikes“ sind keine Merkelsche Vorliebe.

**ZEIT:** *Kann man sich, nach den Erfahrungen mit den nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen Saddams Husseins, künftig noch auf Geheimdienstinformationen verlassen?*

**Merkel:** Politik wird sich niemals durch Rückverweis auf Geheimdienste ihrer Verantwortung entziehen können. Zwischen der Hardware Information und der politischen Entscheidung gibt es

viele Spielräume, um etwas beeinflussen zu können. Ich bin der festen Überzeugung, dass die UN der Ort sein müssen, an dem solche schwierigen Entscheidungen getroffen werden. Unter Kofi Annan als Generalsekretär ist der Weltsicherheitsrat das operative Gremium geworden, das eine sehr große Legitimation besitzt. Aber ich sage noch einmal ausdrücklich, dass die militärische Option nur die Ultima Ratio sein kann und nicht etwa die alles lösende Option.

**ZEIT:** *Heißt das: „Künftig keine militärischen Interventionen mehr an den UN vorbei“?*

**Merkel:** Was ich gesagt habe, ist eine Langzeitvision. Das Gegenbeispiel aus jüngerer Vergangenheit ist Jugoslawien. Für die Entscheidung gab es keine Mehrheit im Sicherheitsrat, aber sie war dennoch richtig. Deshalb zögere ich jetzt zu sagen: nie wieder an den UN vorbei. – Jedenfalls würde ich alles daransetzen, diesen Prozess der Spaltung Europas und der Nato wie im Falle Irak nicht zu wiederholen. Daraus müssen alle Beteiligten – Amerikaner wie Europäer – ihre Lehren ziehen.

**ZEIT:** *Kann die Legitimation für militärische Aktionen allein vom einheitlichen Westen ausgehen?*

**Merkel:** Die Legitimation ergibt sich zunächst aus dem Sachverhalt, wie etwa bei den Vertreibungen und dem Morden im Kosovo. Die Chancen für einen echten Erfolg und ein Beeindrucken der Kräfte, die wir bekämpfen wollen, sind am allergrößten, wenn das breiten Rückhalt in den UN hat. Aber auch die UN müssen fähig zur Entscheidung am Ende eines Prozesses sein. Um aber die Menschen im eigenen Land davon zu überzeugen, dass Intervention sinnvoll sein kann, ist es wichtig, den militärischen Prozess mit einem erfolgreichen politischen Prozess abzuschließen und Stabilität auch ohne fortdauernde Truppenpräsenz zu ermöglichen. Darauf warten die Menschen – sei es im Kosovo oder in Afghanistan.

**ZEIT:** *Glauben Sie, dass es am Ende dieses Jahrhunderts nur noch Demokratien auf der Welt gibt?*

**Merkel:** Ich bezweifle das, zumal sich auch die menschliche Natur leider nicht ändert. Aber unabhängig davon sind etwa im Kosovo seit der Intervention der Nato fünf Jahre vergangen, von einer stabilen Entwicklung ist man noch sehr weit entfernt. In manchen anderen Ländern ist Demokratisierung noch viel schwieriger zu erreichen.

**ZEIT:** *Also war die Idee eines Demokratieexportes in den Irak vermessend?*

**Merkel:** Die Amerikaner haben gesagt: Wir wollen die Demokratie, die wir den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht haben, auch in den Irak bringen. Aber anders als Nachkriegsdeutschland hat der Irak keine demokratische Tradition, an die man anknüpfen konnte. Dennoch akzeptiere ich nicht, dass es Menschen oder Länder geben soll, die per se nicht für Demokratie geeignet sind. Das wäre zynisch. Einen Standard an Menschenrechten und Stabilität gegen Bedrohung durchzusetzen kann durchaus ein Ziel militärischen Eingreifens sein. Aber den eigentlichen Aufbau einer Gesellschaftsordnung kann man nicht – oder nur sehr schwer fremdbestimmen. Das muss von innen heraus aus den jeweiligen Gesellschaften selbst kommen. Das macht übrigens nicht nur die Schwierigkeiten im Irak aus. Die demokratische Entwicklung Chinas beispielsweise ist nicht vorgezeichnet. Auch der Weg Russlands ist in meinen Augen völlig offen.

**ZEIT:** *Zwingt der Angriff des islamischen Terrorismus den Westen zum Kampf der Kulturen?*

**Merkel:** Das wäre nur richtig, wenn man den radikalen Islamismus für den Wesenszug des Islams hielte. Das glaube ich nicht. Auch die Kreuzzüge sind nicht gerade ein Exportschlager des Christentums, nach dem wir beurteilt werden wollten. Deshalb ist der Clash der Kulturen keineswegs zwingend. Dennoch befinden wir uns im Kampf gegen den radikalen Islamismus nun unentwegt im extrem schwierigen Abwägungsprozess, welches Instrument wir in dieser Auseinandersetzung jeweils anwenden wollen. Man braucht ökonomische Hilfe, man braucht Diskussion, aber man braucht, wenn man es mit einem Diktator zu tun hat, eben auch die militärische Drohkulisse.

**ZEIT:** *Sehen Sie in dieser Auseinandersetzung unterschiedliche Rollen für Amerika und Europa?*

**Merkel:** Die Arbeitsteilung kann jedenfalls nicht so aussehen, dass wir die Entwicklungshilfe übernehmen und die Amerikaner die Militäraktionen. Jeder muss alle Mittel der militärischen Auseinandersetzung beherrschen. Ansonsten werden wir nur gnadenlos gegeneinander ausgespielt. Wir Europäer haben im militärischen Bereich natürlich einen erheblichen Nachholbedarf. In anderen Bereichen können die



Amerikaner von den Europäern lernen. Wenn man sich zum Beispiel ansieht, wie britische Truppen, die lange Erfahrung mit Terrorismus, etwa in Nordirland, haben, im Süden des Iraks anders als die USA vorgegangen sind, dann kann man sehen, wie wichtig es ist, dass sich unterschiedliche Fähigkeiten ergänzen. Aber eine Arbeitsteilung nach dem Motto „Hier die moralisch unstrittigen Dinge und dort die etwas schmutzigeren Dinge“ darf es nicht geben.

**ZEIT:** *Ist die deutsche Bevölkerung auf diesen Zuwachs an Verantwortung vorbereitet?*

**Merkel:** Sie ist bis jetzt nicht vorbereitet. Ich glaube, es wäre falsch, zu sagen, die deutsche Politik habe über Jahrzehnte keine deutschen Interessen vertreten. Aber natürlich hat sich die Lage nach der deutschen Einheit verändert. Mit der Übernahme von neuen Pflichten haben wir auch die Möglichkeit, unsere Interessen klarer und eindeutiger festzulegen. Das muss der deutschen Bevölkerung sehr viel deutlicher gemacht werden, und zwar immer und immer wieder. Nur so kann man auch Verständnis dafür wecken, dass unsere Freiheit jetzt am Hindukusch verteidigt wird. Ein großer Teil der Bevölke-

rung empfindet diesen Satz in gewisser Weise als absurd.

**ZEIT:** *Aber Sie finden ihn richtig?*

Merkel: Ja, ich finde ihn richtig. Was einem allerdings Sorge bereitet, ist, dass der Hindukusch überall sein kann. Europa und die Nato würden sich aber völlig überheben, wenn sie künftig jeden Platz der Welt aus eigener Kraft befrieden wollten. Dieser Versuchung sollten wir nicht erliegen.

**ZEIT:** *Wie kann die Stabilisierung im Irak aussehen, und was kann Deutschland dazu beitragen?*

**Merkel:** Die Entscheidung der Amerikaner, sich aus Falludscha zurückzuziehen, zeigt, es muss alles darangesetzt werden, die Autorität im Irak schnellstmöglich an eine unabhängige irakische Verwaltung beziehungsweise Regierung zu übergeben. Deshalb unterstütze ich die Bemühungen des UN-Beauftragten für den Irak Brahimi in dieser Frage. Europa muss alles daransetzen, eine neue UN-Resolution zu ermöglichen.

**ZEIT:** *Kanzler und Außenminister streiten um die Begriffe Kerneuropa versus „strategisches Europa“. Was ist für Europa wichtiger, seine Identität oder seine Ausstrahlung auf die Nachbarregionen?*

**Merkel:** Für mich ganz eindeutig die Identität. Erst aus ihr heraus können wir den Versuch starten, gemeinsame Räume der Stabilität in unseren Nachbarregionen zu schaffen – das umfasst den Mittelmeerraum, aber auch Russland. Aber das kann nur gelingen, wenn wir unsere europäische Identität festigen. Andernfalls würden wir uns nur überheben, aber keinen wirklichen Einfluss ausüben.

Das stößt im Übrigen nicht bei jedem Vertreter der amerikanischen Administration auf Gegenliebe. Aber, wir sollten uns nicht darüber beschweren, wenn Amerika nicht alles tut, damit wir in Europa einig sind, sondern an uns selber arbeiten. Da geht es natürlich auch um die jeweiligen Gestaltungsspielräume.

**ZEIT:** *Das müssen wir also zur Not auch gegen den Willen Amerikas betreiben?*

**Merkel:** Ja, selbstverständlich, das ist doch normal. Man muss fragen, warum die Amerikaner so für den Türkei-Beitritt sind, ob sie dabei an ihre Interessen denken oder an die europäischen. Mir jedenfalls geht es um die europäische Identität. Ich halte einen Türkei-Beitritt derzeit für falsch.

Die Fragen stellten Matthias Geis, Jan Ross und Bernd Ulrich.

## „Thüringer Weg“ beschlossen

**Die thüringische CDU hat die heiße Phase des Landtagswahlkampfes eingeleitet.**

Einstimmig beschlossen die Delegierten auf einem Parteitag in Apolda das Wahlprogramm „Thüringer Weg“ mit den Schwerpunkten Arbeit, Familie und Bildung. „Wir wollen und werden am 13. Juni erfolgreich sein“, sagte der thüringische Landesvorsitzende und Ministerpräsident des Freistaats, Dieter Althaus. Die motivierten Mitarbeiter der Partei würden „laufen und rennen“, damit Thüringen auch in der nächsten Legislatur unter Führung der CDU seine Chancen in der Mitte Deutschlands und Europas wahrnehmen könne. Dieter Althaus rief seine Partei dazu auf, sich nicht durch gute Umfragewerte in Sicherheit zu wiegen, sondern um jede Stimme zu werben. Der rot-grünen Bundesregierung warf Althaus vor, die Weichen für ein Zusammenwachsen von Ost und West nicht richtig zu stellen. Stattdessen würde eine Neid-Debatte geführt. Diese Debatten entmutigten die Deutschen.

Beim Thema Bildung wies Dieter Althaus die Forderungen

von SPD, Grünen und PDS zurück, die ein gemeinsames Lernen aller Schüler bis zur achten Klasse erreichen wollen. Bislang müssen sich Schüler in der vierten Klas-

se entscheiden, ob sie auf das Gymnasium oder die Regelschule wechseln wollen. Ein Ziel, das die CDU weiter verfolgen werde, sei die Entbürokratisierung der Verwaltung und die Erarbeitung eines neuen Tourismuskonzepts, sagte der Landesvorsitzende. Geplant sei auch ein Familiengesetz, in dem Leistungen gebündelt werden. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die Senkung der Neuverschuldung des Landes.

Außerdem schlug der Ministerpräsident vor, ein „Zukunftsgesetz für Deutschland“ zu erarbeiten. In diesem müssten die Reformen vom Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheitssystem, Sozialstaat und Steuerwesen festgelegt werden. Dieses Gesetz solle bis zur Bundestagswahl 2006 vorbereitet sein, um nach einem Wahlsieg rasch die richtigen Weichen stellen zu können.



Im Westen solle man sich eine Scheibe von dem abschneiden, was im Osten an Strukturwandel geschehen sei, forderte Laurenz Meyer in seiner Rede. Der CDU-Generalsekretär setzte sich für „Sonderhandlungsnotwendigkeiten“ in den neuen Bundesländern ein. Er plädierte dafür, im Osten die Möglichkeit zu schaffen, von Bundesvorschriften bei Genehmigungsverfahren und beim Arbeitsrecht abzuweichen. Geschehe das, würden die anderen Länder Schlange stehen, um diese Möglichkeit auch zu erhalten und flexibler auf Erfordernisse reagieren zu können. Es sollten alle Hürden abgebaut werden, die das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhinderten. Das westdeutsche Wirtschaftswunder wäre bei dieser Bürokratie niemals möglich gewesen, sagte Meyer.



# Gesprächskreis Forschung und Innovation ins Leben gerufen

Die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche ist neue Vorsitzende des Gesprächskreises Forschung und Innovation der CDU.

Seit Anfang 2002 ist Brandenburgerin bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Chemikerin hat das CDU-Bundesvorstandsmitglied Erfahrung in der Forschung aus ihrer eigenen Arbeit in den Laboren in Deutschland und den USA gewonnen.

Katherina Reiche: „Im Frühjahr hat der Kanzler die gesellschaftlich zentralen Zukunftsthemen Innovation, Wissenschaft und Bildung kurzzeitig für sich entdeckt und später wieder fallengelassen. Damit wurde die Chance vertan, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Das gelingt nur über eine schlüssige Innovationsstrategie. Hier liegt die Aufgabe für den Gesprächskreis Forschung und Innovation. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Konzeption eines „Masterplans für den Forschungsstandort Deutschland“ auf den Weg zu bringen.

Für den Gesprächskreis konnten 32 hochrangige Ex-



Katherina Reiche

perten aus Forschung, Wirtschaft und Politik gewonnen werden. Sie werden ihre Erfahrungen aus der Forschungs- und Unternehmenspraxis direkt an die Politiker herantragen. Der Gesprächskreis ist das Nachfolgegremium des gleichnamigen Bundesfachausschusses aus der letzten Legislaturperiode. Schon damals hatte sich die CDU entschlossen, im Bereich Forschung und Innovation die Gremienarbeit für aktive Wissenschaftler zu öffnen. „Damit haben wir hervorragende Erfahrungen gemacht“, sagt der ehemalige Bundesfachausschussvorsitzende, Prof. Dr. Heribert Offermanns. Er hat die Verantwortung nun in jüngere Hände gelegt, steht aber als stellvertretender Vorsitzen-

der weiterhin mit seiner Erfahrung zur Verfügung.

## Arbeitsschwerpunkte

Konkret hat sich der Bundesfachausschuss als vorgezogen:

- Eine Stärken-Schwächen-Analyse des derzeitigen Wissenschaftssystems vorzunehmen und Vorschläge für seine Neuorientierung vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs zu machen.
- Strategien für Schlüsseltechnologien zu entwickeln.
- Vorschläge für Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erarbeiten und Freiräume aufzuzeigen.

„Um die Innovationskraft unseres Landes besser auszuschöpfen, müssen die Abläufe besser verzahnt werden. Innovation kann nur dann gesellschaftlichen Wohlstand generieren, wenn auf dem Weg zwischen Grundlagenforschung bis zur Markteinführung neuer Produkte die Prozesse reißverschlussartig ineinander greifen. Die Praxis zeigt leider, dass der Reißverschluss zu oft klemmt“, so Katherina Reiche.

## Kommunales Optionsgesetz – ein Etikettenschwindel!

**Am Donnerstag, den 29. 4. 2004 fand im Deutschen Bundestag die Schlussabstimmung über das kommunale Optionsgesetz statt. Es wurde mit der Mehrheit der Regierungskoalition angenommen und von CDU/CSU sowie der FDP abgelehnt.**

Da das Gesetz zustimmungspflichtig ist, wird sich voraussichtlich am 14.05. 2004 der Bundesrat erstmals damit befassen. Entgegen der Verabredung im Vermittlungsverfahren vom Dezember letzten Jahres ist es im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens zu keiner Verständigung zwischen Regierung und Opposition gekommen. Dabei schien nach dem Kompromiss im Dezember 2003 alles klar. Man hatte sich im Grundsatz auf das Organisationsmodell der Bundesregierung geeinigt – nämlich die Bundesagentur zum Träger der neuen Aufgabe zu machen – und gleichzeitig die Möglichkeit für eine kommunale Trägerschaft eröffnet, wie dies die Union und die Mehrheit des Bundesrates gewollt hatte.

Wie im Vermittlungsverfahren vereinbart, fanden



Karl-Josef Laumann

Anfang dieses Jahres Gespräche auf politischer Ebene zwischen Regierung und Opposition statt. Ziel war es, einen einvernehmlichen Gesetzentwurf zu erstellen, damit dieser bis April beschlossen und in Kraft gesetzt werden könnte. Es hätte eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt bereits Rechtsklarheit über die Bedingungen der kommunalen Option bestehen sollen, damit der weitere Zeitplan, nämlich Ausübung der Option durch die Kreise und kreisfreien Städte bis Ende August, eingehalten werden könnte. Bei den ersten Gesprächen zwischen Minister Clement und der Unionsseite hatte der Minister noch die notwendigen Zusagen gemacht, um die Kernpunkte des Optionsmodells um-

zusetzen, nämlich:

- „Trägerschaft“ der Kreise und kreisfreien Städte, das heißt Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum für die Kommunen bei der Ausgestaltung der Aufgabe sowie
- Auskömmliche und verfassungsrechtlich gesicherte Finanzleistungen des Bundes direkt an die Kommunen ohne Umweg über die Länder.

Am Dienstag, den 30.3. 2004 sind die Gespräche der Unionsseite mit Bundesminister Clement zu dem Optionsgesetz schließlich gescheitert, da der Minister sich innerhalb der Bundesregierung offenbar nicht durchsetzen konnte. Er konnte keine der Zusagen mit dem vorgelegten Gesetzentwurf einlösen, weder die echte Trägerschaft der Kommunen noch die verfassungsrechtlich gesicherte Finanzierung. Damit steht die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vor dem Aus.

Die Union und die unionsgeführten Bundesländer befürworten nach wie vor die echte Trägerschaft der Kommunen und unterstützen die Forderung der Kom-



munen nach einer verfassungsrechtlich abgesicherten Finanzierung, so wie dies der Vermittlungsausschuss beschlossen hatte. Da Minister Clement gesagt hat, niemand sei gehindert im Laufe des Verfahrens klüger zu werden, kann man nur hoffen, dass er damit seine eigene Fraktion gemeint hat und es im Laufe des Verfahrens im Bundesrat noch zu einem Umschwenken der Regierung kommt.

### Trägerschaft oder Organleihe?

In dem vorgelegten Gesetzentwurf wird die Option als Organleihe ausgestaltet, das heißt die Kommunen werden zu weisungsabhängigen Handlangern der Bundesagentur gemacht. Dies entspricht nicht einer „Trägerschaft“, wie sie im Vermittlungsverfahren beschlossen wurde. Der Deutsche Landkreistag als Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte hat bereits deutlich gemacht, dass er seinen Mitgliedern auf der Basis dieses Gesetzentwurfs keine Option empfehlen werde. Einem solchen Gesetz kann man daher, wenn man die Interessen der Kommunen ernst

nimmt, nicht zustimmen. Das Optionsgesetz der Bundesregierung ist ein Etikettenschwindel, aber keine kommunale Trägerschaft mit eigenem Handlungsspielraum.

### Finanzielle Belastung der Kommunen

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) beruht hinsichtlich der Gesamtkosten auf einem Finanztableau, das Gegenstand des Vermittlungsverfahrens war. An diesem Finanztableau sind in der Zwischenzeit erhebliche Zweifel aufgekommen. Eine Arbeitsgruppe „Quantifizierung“, in der neben der Bundesregierung auch die kommunalen Spitzenverbände, die BA, die Länder sowie z.B. die statistischen Ämter des Bundes und der Länder mitarbeiten, wurde daher eingesetzt und mit der Aufgabe betraut, die dem SGB II zugrunde liegenden Zahlen zu prüfen und einvernehmlich eine – falls erforderlich – Korrektur vorzunehmen, um im Ergebnis die zugesagte Entlastung von 2,5 Mrd. € für die Kommunen zu erreichen. Ein Ergebnis aus diesen Beratungen ist noch nicht bekannt.

### Folgen eines Scheiterns des Optionsgesetzes

Wenn es im Ergebnis zu keinem Optionsgesetz kommt, tritt Hartz IV am 1. Januar 2005 unverändert in Kraft und überantwortet die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger sowie die bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher mit ihren Familien den Agenturen für Arbeit. Die Umsetzung und termingerechte Zahlbarmachung aller Ansprüche obliegt dann allein der Bundesagentur und damit der Verantwortung des Wirtschaftsministers. Die Bundesregierung und die Bundesagentur sind aufgefordert, sicherzustellen, dass am 1. Januar nächsten Jahres jeder Hilfebezieher sein Geld und die weiteren Leistungen erhält, die das neue Gesetz vorsieht. Es darf auf gar keinen Fall dazu kommen, dass am 1. Januar 2005 bei Millionen Hilfebeziehern dasselbe Chaos entsteht wie bei Maut, Dosenpfand, Virtuellem Arbeitsmarkt und wie die Wegmarken des Scheiterns dieser Regierung sonst noch heißen.

**Karl-Josef Laumann** ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfraktion.

## Signal für Aufbruch im TKG

### Erklärung zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes:

Der Kompromiss ist ein klares Signal für einen Aufbruch in der gesamten Informations- und Telekommunikationsbranche. Wir haben jetzt ein ausgewogenes Gesetz, das den Wettbewerb stärkt und Rechtssicherheit schafft als Grundlage für Investitionen und Innovationen.

In zentralen Punkten konnte die Union Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung erreichen.

Einige Punkte sind:

- Stärkung des Infrastrukturwettbewerbs und des Dienstleistungswettbewerbs durch eine neue Regelung zum Resale;
- die explizite Aufnahme des Bitstrom-Zugangs als „entbündelten Breitbandzugang“;
- Verankerung von Antragsrechten für Unternehmen im Bereich der Missbrauchsaufsicht;
- Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten bei Missbrauch durch eine zwingende und bei Vorsatz rückwirkende



Martina Krogmann

de Mehrerlösabschöpfung;

- Vermeidung einer Überregulierung im Mobilfunk durch die Verankerung des Vergleichsmarktpinzips;
- Verlagerung des Rechtsweges vom Verwaltungsweg zum Kartellgerichten nach 5 Jahren.

Insgesamt ein klares Signal für Aufbruch in der Branche!

**Martina Krogmann** ist die Internetbeauftragte und Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Zuwachsraten bei Gewalttaten unerträglich

### Erklärung zu der Von Bundesinnenminister Schily vorgestellten polizeilichen Kriminalitätsstatistik:

Die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik sind im Jahr 2003 weiter um 65.000 Fälle gestiegen. Die Gesamt-

taten beinhalten 6.572.000 Fälle, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von mehr als 1 % bedeutet.

Besorgniserregend ist die besonders hohe Steigerungsrate im Bereich der Gewaltkriminalität. Bereits seit 1994 ist die erfasste Gewaltkriminalität immer wieder gestiegen. 2003 ist sie weiter gestiegen und zwar um dramatische 3,4 %.

Zwei Drittel aller erfassten Gewaltkriminalitätsfälle, nämlich 65 %, entfallen auf schwere und gefährliche Körperverletzungen. Diese Delikte sind sogar um 4,5 % gestiegen.

In Großstädten gibt es hier zum Teil zweistellige Zuwachsraten. In Frankfurt/Main, der Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil stieg die Kriminalität um 12 %, Frankfurt hat damit die höchste Kriminalitätsbelastung pro 100 000 Einwohner in Deutschland.

Mangelnde Integration und Prävention zeigen ihre negativen Auswirkungen. Beklagenswert ist insoweit auch der hohe Anteil an nichtdeutschen tatverdächtigen Jugendlichen insbesondere bei Raubdelikten (30,7 %) und bei illegalem Handel und Schmuggel von Rauschgift (20 %). Das zeigt, dass hier weder präventive noch repressive Maßnah-





Hartmut Koschyk

men Erfolg hatten. Bemerkenswert ist auch der prozentual besonders hohe Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Delikten mit professionellem Hintergrund wie z.B. Fälschung von Zahlungskarten 67,9 %, gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern 65,2 %, Glücksspiel 61,6 %, gewerbsmäßige Bandenhehlerei 61,2 %, Taschendiebstahl 56,2 %, illegaler Handel und Schmuggel mit und von Kokain 53 %, Geldwäsche 47,9 %, sowie Geld- und Wertzeichenfälschung 46 %.

All das zeigt, dass die Herausforderungen bei der Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland mit der Beschwichigungsmentalität und dem falschen Strafrechtsverständnis von Rotgrün nicht wirksam bewältigt werden können.

**Hartmut Koschyk** ist der innenpolitische Fraktions-sprecher.

## Urheberrechtsgesetz war ein Eigentor

**Erklärung zur Anhörung von Künstlern, Verwertern und Medienvertretern in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zum Thema „Urhebervertragsrecht“:**

Die Novelle des Urhebervertragsgesetzes ist eine totale Augenwischerei. Ähnlich wie bei der so genannten „Kulturverträglichkeitsprüfung“ will die Regierung hoch hinaus und landet auf dem Bauch. Keinem einzigen Künstler oder Kreativen geht es seit der Neureglung besser. Vor zwei Jahren hat Hertha Däubler-Gmelin das Gesetz noch als „Urheber-Stärkungsgesetzes“ bezeichnet. Heute zeigt sich, dass es nicht einen Verwertungsbereich kreativen Schaffens gibt, in dem eine Vergütungsvereinbarung nach neuem Recht vereinbart werden kann. Inzwischen scheint auch Rot-Grün völlig zurück zu rudern. Die neue Justizministerin Zypries plant im Rahmen der Gespräche zum „Korb Zwei“ des Urheberrechts nun sogar wieder die Abschaffung des §63a, der ursprünglich den Urhebern ihre Vergütungsansprüche sichern sollte.

Die Regierung wäre gut beraten, das Hin-und-Her-



Günter Nooke

Reglementieren zu unterlassen. Es wäre sinnvoller, über eine gesunde konjunkturelle Entwicklung einen besseren Boden für Kreative in Deutschland zu schaffen. Letztlich beziehen Urheber ihr Geld aus der Nachfrage nach ihren Produkten und nicht aus überflüssigen Paragraphen.

**Günter Nooke** ist der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Finger weg von der Eigenheimzulage!

**Erklärung zu den Plänen der Bundesregierung, mit der Abschaffung der Eigenheimzulage ein milliarden-schweres Programm für Bildung und Forschung zu finanzieren:**

Wieder einmal muss die Eigenheimzulage als Notnagel der rot-grünen Koalition



Dietrich Austermann

herhalten. Vor nicht einmal vier Wochen wollte Eichel die Eigenheimförderung noch zum Stopfen seiner Milliardenlöcher im Haushalt verwenden. Jetzt soll eine milliarden schwere „Innovationsoffensive“ des Bundeskanzlers mit den eingesparten Mitteln aus der Eigenheimzulage finanziert werden.

Angesichts des Widerstandes seiner Ressortkollegen bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen scheut sich der Bundesfinanzminister nicht, den mühsam zwischen der CDU/CSU-Opposition und der rot-grünen Bundesregierung gefundenen Kompromiss zur Eigenheimzulage vom Dezember 2003 aufzukündigen.

Die Eigenheimzulage ist zum Steinbruch dieser Regierung geworden und wird ständig zur Finanzierung anderer Maßnahmen gehandelt. Seit 2002 schon

will Rot-Grün die Eigenheimzulage kürzen bzw. ganz abschaffen. Zunächst wollte Eichel dies in seinem unsäglichen „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ realisieren. Nachdem dieses Vorhaben am Widerstand der Union gescheitert war, erfolgte ein halbes Jahr später mit der kompletten Streichung der Radikalangriff.

Heute so und morgen wieder anders. Mit diesem Zick-Zack-Kurs verunsichert Rot-Grün nicht nur potentielle Häuslebauer, sondern die gesamte Baubranche. Und das ist das letzte, was wir in der derzeitigen konjunkturellen Lage brauchen.

Nur zwei Monate nach Verabschiedung des Bundeshaushalts 2004 muss Rot-Grün den finanzpolitischen Offenbarungseid leisten. Es zeichnet sich schon heute ab, dass wir in diesem Jahr mit über 40 Mrd. € die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik haben werden. Die Bundesregierung antwortet auf diese dramatische Lage mit Reformstopp und Realitätsverweigerung. Sie tut damit genau das Falsche.

**Dietrich Austermann** ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

## Rot-Grün verliert letzte Bodenhaftung

**Stellungnahme zu der finanziellen Wirklichkeit in den Kommunen, dem angekündigten Ende des Sparurses und dem propagierten Ziel der Bundesregierung die Kommunen stärken zu wollen:**

Die jüngst wiederholten Versprechungen von Rot-Grün, die Kommunen stärken zu wollen, stimmen in keiner Weise mit den parlamentarischen Aktivitäten der Koalition überein. Die Wahrheit ist, dass es den Kommunen noch nie so schlecht ging wie heute. Die Schuld dafür trägt die Politik der Bundesregierung.

Die vollmundigen Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Agenda 2010 zugunsten der Kommunen sind Luftnummern. Das Einzige, was die Kommunen von der Bundesregierung erhalten haben, sind kostenträchtige neue Aufgaben zum Beispiel bei der Grundsicherungsrente, Ganztagschulen und Kinderbetreuung.

Die versprochene grundlegende Gemeindefinanzreform reduziert sich auf die Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Die Schere zwischen kom-





Peter Götz

munalen Einnahmen und Ausgaben von jährlich 10 Mrd. Euro geht weiter auseinander. Noch immer warten die Kommunen auf die versprochene Entlastung durch das Hartz IV Programm, das sie ab dem 1. Januar 2005 nach neuen Berechnungen mit rund 5 Mrd. Euro zusätzlich belasten wird. Das ist untragbar!

Jetzt will Rot-Grün mit der Ausbildungsplatzabgabe die Kommunen bestrafen, die noch nicht unter Finanzaufsicht stehen. Die angekündigten Nachbesserungen für das Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe wird die geplante Kopfpauschale auf über 500 Euro je Beschäftigten verdoppeln. Bisher ging der Deutsche Industrie- und Handelskammertag von maximal 285 Euro aus.

Das Vorhaben zeigt abermals dass die rot-grüne Koalition an ihrer leistungs-

feindlichen Ideologie festhält. Das geht zu Lasten der erfolgreichen Kommunen, dem Fundament unseres Staates.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Fraktions-sprecher.



## Ja zu mehr Geld für Bildung und Forschung – Nein zur Finanzierung auf Pump

### Erklärung zur Aufgabe des Sparkurses der Bundesregierung:

Bildung und Forschung müssen stärker gefördert werden. Das fordert die Union bereits seit Jahren. Jetzt will die Bundesregierung ein Milliardenprogramm für Forschung, Innovation und Bildung auflegen. Das ist auch längst überfällig.

Aber wo will die Bundesregierung angesichts leerer Kassen das Geld hernehmen? Aus den Taschen der jungen Generation, der dieses Programm eigentlich zu Gute kommen soll. Sie stellt einen ungedeckten Scheck aus, wenn sie das Förderprogramm auf Pump finanzieren will. Das ist Augenschere, denn die Last, die damit den nachfolgenden Generationen aufgebürdet wird, ist nicht zu verantworten.



Maria Böhmer

Anstatt Innovationen auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde zu finanzieren, sollte der Subventionsdschungel noch einmal genauer überprüft werden. Es gilt, nicht länger in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft zu investieren. Beispiel Steinkohleförderung: 16 Milliarden Euro sollen bis zum Jahr 2012 dafür ausgegeben werden. Aus diesem Topf könnten Milliarden für die Zukunft unseres Landes locker gemacht werden. Deutschland, aber auch den Betroffenen in der Region ist mit Zukunftsprojekten mehr geholfen als mit der staatlich subventionierten Alimentierung perspektivloser Jobs.

Mehr Geld für Bildung und Forschung, dazu sagen wir ja, zur Finanzierung auf Pump eindeutig nein!

**Maria Böhmer** ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

95. Deutscher Katholikentag

# „Leben aus Gottes Kraft“

**Unter diesem Motto wird der diesjährige Katholikentag vom 16.-20. Juni 2004 in Ulm stehen.**

Ein erster Kurzüberblick zeigt, dass es viele gute Gründe gibt, nach Ulm zu reisen.

Thematisch gliedern sich die Veranstaltungen in drei Blöcke:

## ■ 1. Den Grund des Lebens erfahren

aktuelle theologische Themen: Ökumene, interreligiöser Dialog, Glaubensfragen

## ■ 2. Das Geschenk des Lebens bewahren

aktuelle ethische Fragen: Wissenschaft und Bioethik, weltweite Gerechtigkeit, Sterben in Würde, Ökologie

## ■ 3. Das Zusammenleben gestalten

politisch – sozialetische Fragen: Von welcher Dynamik soll unser Zusammenleben bestimmt sein? Europa der Zukunft, Soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt, Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik, Migration, Familie und Generationen

Daneben wird es Themenzentren (Familien, Frauen, Jugend u.a.) mit eigenem Ver-

anstaltungsprogramm geben. Auf der „Kirchenmeile“ besteht die Möglichkeiten, mit verschiedenen katholischen und ökumenischen Verbänden und Initiativen, die sich dort präsentieren, in Kontakt zu treten.

Etliche Bundestagsabgeordnete und prominente Unionspoliti-

ker, die auf den Podien mitwirken, werden z.B. beim Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung (Sa., 19.6., 11 Uhr) oder beim Wiedersehen der Teilnehmer der Besinnungstage von Maria Laach (Fr., 18.6., 19 Uhr) zu treffen sein. Wichtige Anziehungspunkte sind:

- die zentralen Feiern zu Beginn und zum Abschluss: Gottesdienst mit anschließendem Abend der Begegnung (Mi, 16.6., 18.00-22.00), Abschlussgottesdienst (So, 20.06., 10.00-11.30 Uhr).

**LEBEN AUS GOTTES KRAFT**  
**95. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG**  
 16. - 20. Juni  
**ULM 2004** ☉



- das Fest nach den Hauptveranstaltungen am (Sa, 19.6., 18.00 – 22.00 Uhr)
- Begegnungsmöglichkeiten auf der „Kirchenmeile“ (Di – Sa, 10.00 – 20.00 Uhr)

Weitere Informationen:

- Geschäftsstelle des 95. Deutschen Katholikentags Ulm 2004 e.V., Tel. (0731)-70510, Fax. (0731)-7051-111, [www.katholikentag.de](http://www.katholikentag.de)
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Eichholz, Brigitte Förster, [brigitte.foerster@kas.de](mailto:brigitte.foerster@kas.de)



# Alles nur Theater?

**Besucherrekorde auf Buchmessen und in großen Ausstellungen, monatlich neue spektakuläre Museumsbauten, Inflation von Festivals und Kunstmessen, Biennalen, Triennalen, boomender Architekturtourismus – auf der anderen Seite leere Kasernen, offene Rechnungen, geschlossene Theater, TV-Phänomene als Bestsellerautoren, PISA-Katastrophe, Bildungsnotstand. Sind das Fakten, Widersprüche oder Klischees?**

Norbert Lammert, Vorsitzender des Gesprächskreises Kultur der CDU, hat zu dieser Debatte über die Rolle von Kunst und Kultur im Verhältnis zu Staat und Bürgergesellschaft jetzt einen Sammelband namhafter Künstler, Schriftsteller, Intendanten, Wissenschaftler und Politiker vorgelegt. In ihren aktuellen Beiträgen plädieren Lammert und seine 30 Co-Autoren aus ihrer jeweiligen Perspektive für die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie lehnen die Zuständigkeit des Staates für Kultur ebenso engagiert ab, wie sie seine Verantwortung für die Bedingungen, unter denen Kultur stattfindet, einfordern: „Die Kunst hat einen Anspruch gegenüber dem Staat, soweit er denn Kulturstaat sein will,

nicht aber der Staat gegenüber Kunst und Kultur. Der Kunst kann der Staat egal sein, dem Staat die Kunst nicht“, schreibt Lammert.

In ihrem Artikel über „Kultur und Nation“ schlägt Angela Merkel den Bogen von der Kultur als „wichtigstem Ausdruck menschlicher Freiheit“ zum gemeinsamen kulturellen Band Europas, von dessen Bewußtwerdung das Gelingen der europäischen Einigung abhängt. Die überragende Bedeutung der kulturellen Bildung als Weg des Individuums zur Gemeinschaft wie zu sich selbst thematisiert Annette Schavan: Kulturelle Bildung „erzieht zu Freiheit und Selbsterkenntnis – und damit letztlich zur Autonomie“.

Das Plädoyer Bernhard Vogels für die kulturelle Vielfalt im deutschen Föderalismus spiegelt die thematische Vielfalt des Sammelbandes wider: Es geht um den kulturellen Ausdruck von Geschichte, Sprache, Erinnerung, Literatur, Religion und Wissenschaft, um Finanzierung und Landesförderung von Kultur, um kulturelle Bildung im In- und Ausland, um die Situation von Medien, Festspielen, Schauspiel, Tanz, Opern, Konzerten, Film, Museen, um Kul-

turbetrieb, Kulturleben, Kulturreflexion – und um die Abschaffung von „Kunst“. Die Autoren:

Rolf Bolwin, Ludwig Georg Braun, Gitta Conneemann, Ulrich Eckhardt, Ludwig M. Eichinger, Ernst Elitz, Johannes Grützke, Hilmar Hoffmann, Volkhard Knigge, Dieter Kosslick, Hans Langendörfer SJ, Susanne Litzel, Siegfried Matthus, Angela Merkel, Adolf Muschg, Julian Nida-Rümelin, Franz Xaver Ohnesorg, Martin Puttke, Viviane Reding, Martin Roth, Hermann Schäfer, Annette Schavan, Frank Schneider, Michael Söndermann, Burkhard Spinnen, Günther Uecker, Bernhard Vogel, Johanna Wanka, Elmar Weingarten, Udo Zimmermann.

„Alles nur Theater? Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft“, hrsg. v. Norbert Lammert, DuMont Verlag, Köln 2004, 473 Seiten, ISBN 3-8321-7871-6, 19,90 Euro.





### Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle. Ausstattung: Vorder- und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper und integrierter Kapuze.

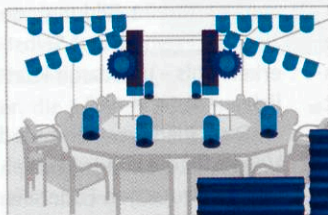
Größe L: Bestell-Nummer: **9840**

Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**

Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**

Preis je Windbreaker: ~~20,00 €~~ **24,90 €**

inkl. MwSt.: ~~37,80 €~~ **28,88 €**



### Papier-Dekorationselemente „CDU“

4 versch. Dekorationselemente für Events zum Ausschmücken von Innenräumen. Komplettpaket mit Anleitung besteht aus: 2 Droggirlanden, 2 Fächern, 4 Fahnenketten (Gesamtlänge 4,5 m) und 6 Tischständern.

Bestell-Nummer: **9893**

Preis je Deko-Paket: ~~30,00 €~~ **24,90 €**

inkl. MwSt.: ~~37,80 €~~ **28,88 €**







**Straßenatlas Deutschland**

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: 9260

Preis je 10 Stück: ~~11,00 €~~ 12,00 €  
inkl. MwSt.: ~~12,40 €~~ 13,92 €



**Tasse „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt“**

Neuaufgabe wegen großer Nachfrage!

Bestell-Nummer: 9514

Preis je 6 Stück: ~~12,00 €~~ 7,50 €  
inkl. MwSt.: ~~13,20 €~~ 8,78 €



**CDU-Spritztiere**

Bestell-Nummer: 9559

Preis je 30 Stück: ~~15,00 €~~ 12,00 €  
inkl. MwSt.: ~~16,50 €~~ 13,92 €



**CDU-Memoclip mit Lasergravur**

Bestell-Nummer: 9747

Preis je 5 Stück: ~~11,20 €~~ 7,90 €  
inkl. MwSt.: ~~12,32 €~~ 9,16 €

# Danke für Ihr Vertrauen

## Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm  
Bestell-Nummer: **8196**  
Preis je 250 Stück: **20,20 €**  
inkl. MwSt.: 23,43 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de